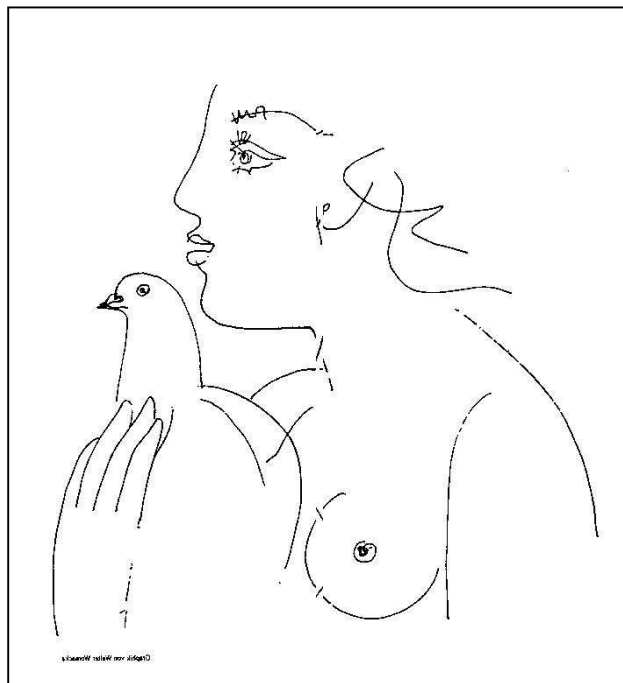


Nr. 184



SICHERHEIT - GESCHICHTE UND HERAUSFORDERUNGEN

Vereinigen gegen den Terrorismus aber – unter dem Schirm der
UNO. Terrorismus – gegen die Wurzeln angehen.
Rückführung - Deportationsmethode im 21. Jahrhundert.

von

Zivadin Jovanovic,

Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen

Redaktionsschluss: 10. Dezember 2015

Am 24. und 25. November, war die serbische Hauptstadt Belgrad Austragungsort der Wissenschaftlichen Internationalen Konferenz

„Jalta, Potsdam, Helsinki, Belgrad: auf der Suche nach einer Sicherheitsordnung“.

Die Zusammenkunft von Wissenschaftlern, Diplomaten, Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von etwa 60 Ländern aus Europa und der Welt ist dem 70. Jahrestag der Konferenzen von Jalta und Potsdam (1945) und dem 40. Jahrestag des Schlusssdokuments von Helsinki (1975) gewidmet. Organisatoren sind das Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen und zwei russische Organisationen – das Zentrum des Nationalen Ruhmes und der St.-Andreas-Fonds. Eine Woche später, am 3. und 4. Dezember, war Belgrad Gastgeber der OSZE-Konferenz auf Ministerebene, um die Ergebnisse von einem Jahr des serbischen Vorsitzes dieser Organisation zusammenzufassen, wichtiger Jahrestage zu gedenken und einen Anstoß zu geben für die Stärkung ihrer Rolle bezüglich von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, heute und in der Zukunft.

INHALTLICHE ZIELSETZUNG DER KONFERENZ

Sicherheit und Stabilität in Europa sind nicht zu trennen von Sicherheit und Stabilität in den umgebenden Regionen und in der Welt. Deshalb kann die Zukunft von Frieden und Stabilität in Europa nicht richtig wahrgenommen werden, wenn das nicht eng verbunden ist mit Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten, in Asien, Nordafrika (Maghreb) und Afrika als Ganzem.

Leider ist die Welt heute mit wachsenden Gefahren und Bedrohungen für Sicherheit und Stabilität konfrontiert. Gegenseitige Achtung und Vertrauen unter den Mächten sind in einer tiefen Krise. Einige Mächte nehmen für sich in Anspruch, von der nach dem II. Weltkrieg etablierten und entwickelten Rechtsordnung ausgenommen zu sein. Wenn immer das Gesetz ihrer imperialen Expansion im Wege steht, ignorieren sie es einfach, beseitigen sie es und halten sich an die Regel – Macht ist Recht! Die Machtzentren maßen sich die Rollen des Obersten Schiedsrichters und gleichzeitig auch des Vollstreckers an und intervenieren militärisch in der ganzen Welt.

Verletzungen der Grundprinzipien des Völkerrechts wie der UNO-Charta und dem Schlussdokument von Helsinki und die Umgehung der Autorität des UNO-Sicherheitsrates sind seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts auf der Tagesordnung.

Hier sei daran erinnert, dass Serbien (FRJ) das erste europäische Opfer einer unprovokierten und illegalen NATO-Aggression im Jahre 1999 war. Das wurde dann zu einer Blaupause für die folgenden Aggressionen und militärischen Interventionen in Afghanistan, Irak, Somalia, Libyen, Jemen, Mali, Syrien... Wir müssen uns fragen, was diese Aggressionen den Völkern auf dem Balkan, in Europa, dem Nahen Osten, dem Maghreb, Afrika gebracht haben...? Und der Welt? Der UNO und OSZE? Der internationalen Rechtsordnung? Wer profitiert von der Zerstückelung lebensfähiger Staaten, von nationalen, Spaltungen nach Stämmen und Religionen, von Chaos mit Hunderttausenden Toten, Millionen von Flüchtlingen, Vertrieben, Emigranten...?

Wer waren (sind) diese Führer, die Herren unseres Schicksals, die „unabhängigen“ Denker, Philosophen, Journalisten, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im allgemeinen, die glaub(t)en, dass die Beteiligung an, oder öffentliche Verteidigung und Rechtfertigung von, militärischen Aggressionen, illegalen Regimeänderungen und Destabilisierungen souveräner Staaten der richtige Weg sei, um die Menschenrechte zu stärken, um Demokratie, Freiheit und Wohlstand zu bringen?

Nach dem ersten Krieg der NATO auf europäischem Boden seit den Abkommen von Jalta und Potsdam haben wir eine Neuauflage der alten Strategie des „Dranges nach Osten“ erlebt, namentlich das Entstehen von NATO-Militärbasen in Richtung von Russlands Grenzen.

Als Europa 1999 an der Aggression der NATO teilnahm, beteiligte es sich am Krieg gegen sich selbst, gegen die eigene Stabilität. Mehr noch: Das war ein Wendepunkt, der die Mitgliedsländer der NATO/EU dazu brachte, sich an vielen anderen imperialen Kriegen und Regimeänderungen zu beteiligen.

Europa beteiligte sich an der Destabilisierung der Ukraine und an Sanktionen, scheinbar gegen Russland, in Wirklichkeit aber gegen seine eigenen Interessen.

Europa kann nicht von der Verantwortung für Zerstörungen in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien freigesprochen werden. Der beispiellose Strom von Flüchtlingen und Emigranten, der auf dem Kontinent einen Ausnahmezustand hervorgerufen hat, ist dem Fehlen von Verantwortung, Vision und Staatskunst der Führenden von EU(NATO) geschuldet.

Heute leidet Europa an den Folgen der eigenen schrecklichen Fehler. Das riskanten Spiels mit dem Feuer. Der Grad an Egoismus und mangelnder Bereitschaft der Führung der EU, wenn es um das Erkennen der wirklichen Ursachen des Problems geht, und darum, sich mit den Wurzeln zu befassen, nicht nur mit den Folgen, ist erstaunlich und verspricht kein positives Ergebnis. Der enorme Strom von Einwanderern ist sicher nicht nur ein humanitäres, soziales und ökonomisches Problem. Er ist auch ein Sicherheitsproblem. Trotzdem kann man dieses Problem nicht lösen, indem man neue Mauern baut, massive polizeiliche und militärische Grenzkontrollen einführt, Flüchtlingszentren einrichtet wie die Konzentrationslager des 21. Jahrhundert, und erst recht nicht, wenn man sich auf die Prinzipien von Dublin beruft, oder die sog. Rückführungsvereinbarungen, eine Art Deportationsmodell des 21. Jahrhunderts.

Gerade jetzt trauert die Weltöffentlichkeit um die Opfer der terroristischen Angriffe in Paris. Während aus allen Ecken der Welt aufrichtige Bekundungen der Solidarität mit den betroffenen Familien und der ganzen französischen Nation kommen, liegt in der ganzen Atmosphäre ein Gefühl der Ungewissheit, Unsicherheit und Angst, wer wohl der nächste sein mag. Zweifellos ist der Terrorismus eine universelle, äußerst ernste Bedrohung der Sicherheit, Stabilität und Zusammenarbeit - in Europa und der ganzen Welt. Trotz all der verschiedenen Aktionen und „Erfolge“ im Kampf gegen den Terrorismus ist er nicht kleiner geworden, im Gegenteil, er wächst immer schneller. Spektakuläre Militäraktionen gegen den internationalen Terrorismus nach 2001 haben wohl einige Terroristenführer getötet, vielleicht auch einige Hauptquartiere von Terroristen zerstört, aber sie haben nichts gegen die Ideologie und den Wurzeln des Übels bewirkt.

Aufrufe, die Welt im Kampf gegen den Terrorismus zu einigen, sind logisch, willkommen und notwendig. Ernsthaft und verantwortungsvoll zu handeln bedeutet in unserer Sicht, sich unter der Autorität der UNO, d.h. des Sicherheitsrates, zusammenzuschließen. Weiterhin erfordert das, zu einem Konsensus zu kommen hinsichtlich der Definitionen von Terrorismus, Terroristen und terroristischen Akten, und zwar so, dass es bei Terrorismus und Terroristen nicht um „gut“ und „böse“, „mein“ und „dein“ geht. Herangehensweisen eines Doppelstandards und Ausnutzung des Kampfes gegen den Terrorismus für die Förderung egoistischer oder geopolitischer Zielstellungen müssen ausgeschlossen werden. Kampf gegen den Terrorismus umfasst entsprechende militärische Mittel, effiziente Behandlung und Bestrafung der Terroristen. Was aber bisher gefehlt hat, das ist ein Verstehen des Problems, des tiefe Wurzeln hat und sehr alt ist. Es hat politische, sozial-ökonomische und religiöse Wurzeln. Um die Ursachen zu beseitigen, ist es meiner Meinung nach notwendig, zu folgendem zurückzukehren:

- Verhandlungen, friedliche, politische, auf Kompromissen aufbauende Lösung aller Probleme, unter Respektierung der legitimen Interessen aller beteiligten Seiten, ohne Vorurteile und Doppelstandards, sei das in Afghanistan, Syrien, Libyen oder irgendeinem anderen Land;
- Einstellung der Finanzierung, Ausbildung und Bewaffnung terroristischer Gruppen und Organisationen;
- Gleiche, universelle Standards bei Terrorismus und Terroristen;
- Respektierung solcher Grundprinzipien internationaler Beziehungen wie Wahlfreiheit in der Innen- und Außenpolitik, Souveränität und territoriale Integrität, einschließlich Respektierung der Souveränität über natürliche und ökonomische Ressourcen eines jeden Landes;
- Sozial-ökonomische Entwicklung der Ursprungsländer von Terrorismus und Emigration, einschließlich Pläne für den Wiederaufbau, für Bildung und Beschäftigung für die junge Generation, vor allem in Regionen, die von Kriegen verwüstet sind (Naher Osten, Maghreb, Sub-Sahara).

Wäre es nicht an der Zeit, eine Weltkonferenz der UNO über den Kampf gegen den Terrorismus einzuberufen, mit dem Ziel, Organi-

sation, Mandat und Zeitplan für die Annahme einer Weltkonvention über den Terrorismus aufzustellen?

INSTABILITÄT UND KONFLIKTE - DAS RESULTAT DER STRATEGIE DES WESTENS

Vortrag von Zivadin Jovanovic

auf der internationalen Konferenz „Jalta, Potsdam, Helsinki, Belgrad: Suche nach einer sicheren Weltordnung“, abgehalten in Belgrad am 24. & 25. November 2015.

Siebzig Jahre nach den Konferenzen der Alliierten in Jalta und Potsdam, und 40 Jahre nachdem die Schlussakte von Helsinki angenommen wurde, sind die internationalen Beziehungen in eine Periode tiefgreifender Veränderungen eingetreten. Die Zeitalter bipolarer und unipolarer Weltordnung sind vorüber. Eine Wiederherstellung der alten Methoden und Konzepte ist nicht mehr möglich. Die Weltordnung entwickelt sich unwiderruflich zu einer multipolaren hin. Von Grund auf verändert die neue Entwicklung die Beziehungen, die nach dem Fall der Berliner Mauer hergestellt wurden, und sie eröffnet Möglichkeiten für eine Demokratisierung dieser Beziehungen und für eine bessere Einhaltung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen, die ihm zugrunde liegt. Das bietet auch Möglichkeiten für einen besseren Schutz der Interessen von kleinen und mittleren Ländern, Serbien eingeschlossen.

Der Prozess der Multipolarisierung verläuft nicht glatt. Besonders beunruhigend sind Tendenzen, die darauf abzielen, Vorherrschaft und Privilegien gewisser Länder zu erhalten, die ihr selbstbeanspruchtes Recht auf eine Ausnahmestellung, auf globalen Interventionismus und militärische Expansion nach dem Osten mit allen Mitteln, auch mit militärischer Gewalt, legitimieren wollen. Das Ergebnis einer solchen Politik der Gewalt, wie sie der von den USA beherrschte Westen anwendet, wenn es darum geht, diese Privilegien beizubehalten und den Reichtum unseres Planeten zu kontrollieren, das ist Destabilisierung, Konflikte, und die Verwüstung vieler Staaten und Gesellschaften. Die Verfechter einer solchen totalitären Politik tragen die Verantwortung für die Destabilisierung und die dramatische Eskalation der globalen Beziehungen, die die

Menschheit mit einer Katastrophe bedrohen. Erste Opfer dieser Politik waren in jüngster Zeit die zwei Jugoslawien – einmal als das Land Anfang der 1990er Jahre durch aufgezwungene Bürgerkriege zerrissen wurde, und zum zweiten, als es durch die illegale Aggression der NATO im Jahre 1999 verwüstet wurde. Damit wurde der Balkan zu einer Zone langfristiger Instabilität. Der vom Westen geförderte Prozess eines Umschreibens der Geschichte „in vivo“ brachte mehrere Kleinstaaten hervor, die kaum eine Chance auf autonome Entwicklung und Unabhängigkeit haben. Und es hat den Anschein, als ob die gewaltsame Festlegung neuer Grenzen in Verletzung der Grundprinzipien des Helsinki-Dokuments noch nicht zu Ende ist. Das zeigt sich darin, dass Serbien die Provinz Kosovo und Metohija weggenommen wurde, und ebenso in der Wiederbelebung der Pläne für zur Schaffung eines sogenannten Großalbanien. Das am schwersten getroffene Opfer der von den USA angeführten destruktiven Strategie auf dem Balkan ist die serbische Nation, die jetzt zerschlagen ist, ihrer Kraft beraubt, und unter der Kontrolle von Marionettenregimes steht. Paradoxiertweise behauptet der Westen, dass gleichzeitig verlaufende Prozesse wie die Aufspaltung der serbischen Nation einerseits und die (Re)Integration anderer Nationen andererseits nichts anderes sind als ein Beitrag zu Frieden und Stabilität, zur Einhaltung europäischer und demokratischer Standards! Die serbische nationale Frage ist nicht nur eine offene Frage; sie wird weiter verschärft durch Maßnahmen des Zerfalls und der Entziehung von Rechten. Diese aufgezwungene Situation ist kaum im Interesse von Frieden und Stabilität. Dabei geht es natürlich um geopolitische Manipulationen, um die Förderung imperialistischer Interessen, und um nichts anderes. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nehmen rasch zu, die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen erreicht dramatische Größenordnungen.

Diese Einschätzung wird gestützt durch ähnliches Zerschlagen einer Reihe anderer souveräner Staaten und Nationen in der ganzen Welt. Offensichtlich verzichten die westlichen Machtzentren nicht auf ihre Strategie einer „territorialen Neuordnung“ souveräner Staaten durch bewaffnete Überfälle, „Farb-Revolutionen“ und andere unerlaubte Methoden, wie sie in Südamerika, Afrika und Asien angewandt werden. Das liberale Kapitalismussystem produziert Finanz- und Wirtschaftskrisen, Armut, Elend, und das hat zu einer

Wirtschaftsemigration noch nie dagewesenen Ausmaßes geführt. Und gleichzeitig treiben Aggressionen und bewaffnete Konflikte Millionen aus ihrer Heimat ins Exil, in die Verdrängung.

Die Politik der Beherrschung, der militärischen Expansion und des globalen Interventionismus, verbunden mit der krassen Verletzung des Völkerrechts, hat zu Misstrauen geführt, zu Missklängen, zur Rhetorik des Kalten Krieges und zu Konfrontation. Kreuz und quer durch Europa ziehen sich ausländische Militärbasen, schnelle Eingreiftruppen, „Raketenschilder“, rotierende Kommandoposten, und ununterbrochene Luftpatrouillen von der Ostsee bis nach Anatolien. Das Europa von heute unterhält mehr ausländische Militärbasen, Bomber und Raketen als auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Man könnte sich fragen was das alles soll.

Es ist höchste Zeit, Schluss zu machen mit den gefährlichen Tendenzen und dem dramatischen Ansteigen der Spannungen, die in zunehmendem Maße Sicherheit, Frieden, Koexistenz und normale Beziehungen bedrohen.

Wir fordern Offenheit, Dialog und Partnerschaft bei der Lösung aller Probleme, bevor die Situation eskaliert und außer Kontrolle gerät. Milliarden von Menschen in der Welt lehnen die Politik der Konfrontation und Kriege ab. Sie wissen, dass angesichts des derzeitigen Standes der Rüstungstechnik die Vernichtung der menschlichen Rasse droht. Deshalb müssen die derzeitigen autoritären Verhaltensweisen in der internationalen Arena ebenso verschwinden wie militärische Expansion und Doppelstandards, und Platz machen für gegenseitigen Respekt aller Anspruchs- und Interessengruppen, mag es sich um es politische, ökonomische oder sicherheitsbezogene handeln.

In der Welt von braucht man mehr denn je Rationalität, politische Verantwortlichkeit und Kompromissbereitschaft.

Belgrad ist der geeignete Ort, um mit größtmöglicher Stärke zu appellieren für einen substantiellen Dialog, auf gleicher Augenhöhe, zur Lösung der wichtigsten Fragen zu Sicherheit, Frieden und Kooperation. Öfter als andere Hauptstädte Europas war Belgrad das Opfer von Aggression, Okkupation und schrecklichster Verwüstung. All das gibt ihm das moralische Recht und verpflichtet es, sich

einzusetzen für Dialoge, gegenseitiges Verständnis und Wiederherstellung von Vertrauen. Belgrad ist ein Geburtsort der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, einer der umfassendsten internationalen Gruppierungen, nur noch von den Vereinten Nationen übertroffen, mit großen Verdiensten für die Freiheit kolonisierter Nationen, bei der Demokratisierung der Vereinten Nationen, und bei der Kodifizierung des Völkerrechts.

Belgrad war Anführer einer Gruppe von neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern in Europa – Zypern, Malta, die SFR Jugoslawien, Österreich, Finnland, Schweden und Schweiz – die eine treibende Kraft für die Erreichung eines Konsensus bezüglich der Schlussakte von Helsinki waren. Gestützt auf die Abkommen von Jalta und Potsdam, aufbauend auf den Ergebnissen des II. Weltkrieges, und basierend auf der Charta der Vereinten Nationen ist diese Schlussakte eine historische Errungenschaft, ein Meilenstein für neue Initiativen zur Gewährleistung gleicher Sicherheit für alle Länder, ungeachtet ihrer Größe, Bevölkerung, Wirtschaftskraft oder Militärmacht. Für seinen Beitrag zu dem Prozess der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit wurde Belgrad damit belohnt, im Jahre 1977 Gastgeber der ersten OSZE-Konferenz nach Helsinki zu sein.

Im Dezember dieses Jahres (2015) war Belgrad erneut Gastgeber einer OSZE-Ministerkonferenz. Einmal mehr geht es um ein Ende des dramatischen Vertrauensverlustes, der Verletzungen des Völkerrechts und um die Rollen der OSZE und der Vereinten Nationen. Einmal mehr erscheint Belgrad der geeignete Platz zu sein für Initiativen mit dem Ziel, die Spannungen und die Rhetorik des Kalten Krieges zu entschärfen, und die verantwortlichsten Anspruchs- und Interessengruppen zurückzubringen zu Dialog, gegenseitiger Achtung und Kompromiss, im Interesse des Friedens und des Überlebens der Menschheit.

Sicherheit und Stabilität in Europa sind untrennbar verbunden mit Sicherheit und Stabilität in den Nachbarregionen, im Mittelmeer, im Nahen Osten und in der Welt. Deshalb können dauerhafte Sicherheit und Stabilität in Europa nur in Verbindung mit Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten, in Asien, Nordafrika (Maghreb) und Afrika im Allgemeinen gewährleistet sein. Ein Ende des Konflikts im

Nahen Osten, vor allem des Krieges in Syrien, ist nicht nur für die Nationen dieser Region wichtig, sondern auch für Europa. Parallel dazu ist es notwendig, die Funktionalität solcher verwüsteter Staaten und Gesellschaften wie Afghanistan, Irak, Jemen, Somalia, Libyen und vieler anderer wiederherzustellen. Von Europa wird erwartet, wie von anderen reichen Gebieten der Welt, dass es die ökonomische und soziale Rekonstruktion dieser Länder unterstützt. Das ist, wenn auch nur eine, so doch eine entscheidende Voraussetzung für ein Aufhalten der Flüchtlingsbewegungen und Wirtschaftsmigrationen von Menschen, die eine zusätzliche Last für Europa und vor allem die Europäische Union darstellen.

Tragische Bürgerkriege in der Region des ehemaligen Jugoslawien und die NATO-Aggression in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts hinterließen beunruhigende Konsequenzen nicht nur sozialökonomischer Natur, sondern auch in Hinsicht auf anhaltende Instabilität, Ausbreitung von Terrorismus und organisiertes internationales Verbrechen. Deshalb ist die Balkanregion weit von vollständiger Normalisierung und Stabilität entfernt. Die Grundursache liegt, unserer Meinung nach, darin, dass der Balkan, statt eine Wiege europäischer Zivilisation und Demokratie zu sein, in Wirklichkeit nie als gleichberechtigter und integraler Teil Europas akzeptiert worden ist. Es ist an der Zeit, mit der traditionellen diskriminierenden Haltung der westlichen Machtzentren gegenüber dem Balkan als einem Weg ins Nirgendwo, einer Müllhalde für veraltete Technologien, als Trainingsgebiet für tragische geopolitische Spiele und Experimente Schluss zu machen. Denn solange Westeuropa keiner konstruktiven Partnerschaft mit den Balkanländern und auch mit Serbien annimmt, solange es sich nicht in der Praxis an souveräne Gleichberechtigung, Souveränität und territoriale Integrität – die Grundprinzipien sowohl der Helsinki Akte als auch der Charta der Vereinten Nationen – hält, wird es nicht in der Lage sein, für sich selbst einen gleichberechtigten Status gegenüber anderen Akteuren zu erwarten; darüber hinaus ist eine solche Einhaltung auch eine Bedingung für den Schutz anderer Interessen, die Westeuropa haben mag.

Deshalb sind Partnerschaft, Gegenseitigkeit der Interessen und Gleichberechtigung die maßgebenden Voraussetzungen für Frie-

den, Stabilität und Kooperation, nicht nur auf dem Balkan, sondern auch auf dem gesamten europäischen Kontinent.

Angesichts des Tagungsortes dieser Konferenz und der beunruhigenden jüngsten Attacken in Kumanovo, Bjeljina und Sarajevo haben wir allen Grund, Frieden und Sicherheit auf dem Balkan nachdrücklich zu unterstützen, als integralen Bestandteil Europas und des europäischen Sicherheitssystems. In diesem Kontext ist es von größter Bedeutung, dass unsere Konferenz die Respektierung des Dayton-Abkommens, das Frieden in Bosnien und Herzegowina bringt, und auch der Resolution des Sicherheitsrates 1244 (1999) über den Status der Provinz Kosovo und Metodija, als internationale juristische Dokumente permanenten Charakters unterstützt. Die Haltung zu diesen beiden Dokumenten ist Maß des Beitrags zu Frieden und Sicherheit auf dem Balkan.

Ströme von Flüchtlingen und Emigranten sind ein Ausdruck von politischen und militärischen Konflikten, von inakzeptablen Doktrinen, Jahrhunderte alten sozialen und ökonomischen Problemen, von Gier und äußerstem Misstrauen. Diese humanitären, sozialen, ökonomischen und auch Sicherheitsprobleme können nicht gelöst werden durch die Errichtung von Mauern und Zäunen, durch Polizei- und Militärkontrollen, oder durch riesige Sammelzentren, und noch weniger dadurch, dass man die Festlegungen von Dublin oder die Abkommen über eine Rückführung und Wiederaufnahme beschwört.

Eine Einstellung jeder direkten oder geheimen Unterstützung des sogenannten „Islamischen Staates“, eine Beendigung der Finanzierung, Ausbildung und Bewaffnung terroristischer Organisationen sind unerlässliche Voraussetzungen für einen Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung für den Schritt hin zu einer echten Bekämpfung und zum Erfolg ist die Anwendung gleicher Standards für Terrorismus und Terroristen, ohne dass man sie in „unsere“ und „ihre“ sortiert, und ohne Spiele mit doppelten Standards – wer sind die Terroristen, wer sind „Freiheitskämpfer“, „gemäßigte Opposition“ und ähnliches. Ohne eine Wiederherstellung des Respekts der Grundprinzipien in den internationalen Beziehungen wie das Recht eines jeden Landes auf unabhängige in-

terne und auswärtige Beziehungen, Souveränität und territoriale Integrität, auch Souveränität über die natürlichen und ökonomischen Ressourcen des Landes, wird es schwer sein, einen effizienten Kampf gegen den Terror zu führen, oder auch Frieden, Sicherheit und Fortschritt für alle zu erreichen.

Die sozialökonomische Entwicklung der Länder, in denen Terrorismus und Emigration ihren Ursprung haben, muss, ebenso wie die Pläne für Wiederaufbau, für Bildung und Beschäftigung der Jugend, speziell in den vom Krieg heimgesuchten Regionen (Naher Osten, Maghreb, Länder südlich der Sahara), integraler Bestandteil einer globalen Strategie des Kampfes gegen den Terrorismus werden.

Ist es nicht Zeit für die Einberufung einer Weltkonferenz zum Kampf gegen den Terrorismus, zum Zwecke der Schaffung einer Organisation und entsprechender Zeitrahmen für die Annahme einer globalen Konvention zur Verhinderung von terroristischen Verbrechen, unter der Schirmherrschaft der UNO?

Ausgehend von den katastrophalen Folgen von Verletzungen des Völkerrechtes – speziell Verletzungen der UNO-Charta und der Schlussakte von Helsinki -, und von den Gefahren einer unkontrollierten Ausbreitung von Willkür und Chaos, rufen wir alle relevanten Anspruchs- und Interessengruppen von internationalen Beziehungen auf, ehrlich zu handeln, die akzeptierten Verpflichtungen zu erfüllen und die Autorität universeller internationaler Organisationen zu stärken. Keine regionale Organisation darf sich anmaßen, bei der Sicherung von Frieden, Stabilität und Kooperation die Rolle der UNO und OSZE einzunehmen.

Von Helsinki 1975 bis Belgrad 2015 gab es zahlreiche tiefgreifende Veränderungen, und es sind neue Gegebenheiten entstanden. Bei ihrer Gründung hatte die OSZE 35 Mitglieder, heute umfasst sie 56. In den 40 Jahren ihrer Tätigkeit hat sie positive und zahlreiche negative Erfahrungen gemacht. Anfang der 1990er Jahre hat die OSZE gegen das Konsensprinzip verstoßen und im Falle Jugoslawiens einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen, als sie auf der Grundlage eines Modells „Konsens minus eins“ eine „ad hoc“-Entscheidung fällte. Außerdem wurde die OSZE missbraucht, so wie im Falle der Kosovo-Verifizierungsmission (KVM), die nicht zivil oder auf

Verifizierung orientiert war, sondern aus nachrichtendienstlichen Offizieren von Militär und Polizei bestand. Die KVM agierte als ein Unterstützungsdienst bei der Vernetzung und Umgruppierung der terroristischen KLA (UÇK), nachdem letztere von serbischen Sicherheitskräften zerschlagen worden war. In dieser Eigenschaft war die KVM an der Vorbereitung für die NATO-Aggression beteiligt, wo die KLA als Verbündeter der NATO teilnahm.

Die OSZE heute steht vor neuen, gewaltigen Herausforderungen. Es gibt Gründe dafür, ernsthaft die Ausarbeitung und Annahme einer OSZE-Charta in Betracht zu ziehen, um Ziele, Organisation und Funktionsweise der OSZE zu erarbeiten und abzustimmen, so dass sie den erworbenen Erfahrungen, den stattgefundenen Veränderungen, und den neuen Herausforderungen gerecht wird.

Sicherheit ist kein Privileg der Großen und Mächtigen, nicht nur für Mitglieder exklusiver Klubs; sie ist das gleiche Recht aller Nationen und Staaten, ungeachtet ihrer eigenen Größe, ihrer militärischen oder ökonomischen Macht. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen darauf richten, ein solches System zu bauen und zu verbessern, dass die gleiche Sicherheit aller Länder und Völker garantiert.

Übersetzung: Frau K. Prosetzky

SCHLUSSDOKUMENT

Vorschläge

der Internationalen wissenschaftlich-gesellschaftlichen Konferenz "Jalta - Potsdam - Helsinki - Belgrad: auf der Suche nach einer sicheren Weltordnung", zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im XXI. Jahrhundert

24-25 November 2015, Belgrad, Serbien

Die Teilnehmer der Internationalen wissenschaftlich-gesellschaftlichen Konferenz "Jalta-Potsdam-Helsinki-Belgrad: auf der Suche nach einer sicheren Weltordnung", die den historischen Abkommen und aktuellen Fra-

gen zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gewidmet war und die Vertreter vieler Staaten Europas, Asiens und aus Amerika vereinigt hat, nach den Ergebnissen des breiten öffentlichen Dialoges und Meinungsaustausches, die im Rahmen des 70. Jahrestages der Konferenz von Jalta und der Potsdamer Konferenz und des 40. Jahrestages der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stattgefunden haben, halten es für notwendig zu erklären.

Die Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt sind traditionell Gegenstand internationaler Vereinbarungen und zwischenstaatlichen Zusammenwirkens. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass in der gegenwärtigen Situation auf diesem Gebiet qualitativer Fortschritt und Vorwärtsbewegung zur Entwicklung eines auf gegenseitigen Vertrauen gegründeten Systems von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unmöglich sind, ohne sich stabil auf die Meinung der Öffentlichkeit zu stützen und ohne die gesellschaftlichen Initiativen daran zu beteiligen.

Dies wurde noch deutlicher, nachdem die türkische Luftwaffe einen russischen Kampfjet abgeschossen hat, dessen Flug ein Teil der Anti-Terror-Operation in Syrien und dem Irak war, was zu tragischen Folgen für den Frieden in der ganzen Welt führen kann. Die Konferenz unterstreicht auch, dass ohne Beteiligung Russlands es unmöglich ist, die syrische Krise zu lösen und dem internationalen Terrorismus, der in vielen Regionen der Welt tief verwurzelt ist, zu widerstehen.

Wir sind überzeugt, dass die Terroranschläge in der Türkei, die Explosion des russischen Flugzeuges am Himmel der Sinai-Halbinsel und die Massaker in Paris, die das Leben von Hunderten Menschen nahmen, zu einer echten (robusten) Herausforderung für die Weltgemeinschaft geworden sind und die Notwendigkeit gezeigt haben, nach neuen Wegen für die Festigung und Vereinigung aller Kräfte für einen koordinierten Kampf gegen internationalen Terrorismus und Extremismus als globale Gefahr für die Menschheit zu suchen.

In dieser Hinsicht halten wir es für notwendig uns an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sowie auch an andere internationale Organisationen und die Weltgemein-

schaft als Ganzes mit dem Aufruf zu wenden, konkrete Vorschläge für eine effektivere Arbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und Zusammenarbeit, der Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und der Suche von Kompromissen zu aktuellen Problemen zu erörtern. Wir glauben, dass die Internationale wissenschaftlich - gesellschaftliche Konferenz zum Thema "Jalta - Potsdam - Helsinki - Belgrad: auf der Suche nach einer sicheren Weltordnung", die in Serbien, einem Land mit einem blockfreien Status und einer herausragenden Tradition als das Europäische politische Zentrum der Bewegung der Blockfreien Staaten, stattfindet, kann der Beginn eines konstruktiven internationalen öffentlichen Dialoges über die Wege zum Aufbau eines effektiven Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sein. In dieser Hinsicht sind wir der Meinung, dass das Schlussdokument dieser Internationalen Konferenz auf dem Rat der Außenminister der OSZE, der am 3. und 4. Dezember 2015 in Belgrad tagt, vorgestellt werden kann.

SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA IN DER GEGENWÄRTIGEN ETAPPE

Die Konferenzen von Jalta und Potsdam sowie die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die zu bedeutenden Ereignissen der Zeitgeschichte geworden sind und deren Jubiläen in diesem Jahr weltweit gefeiert wurden, haben in vielem die Grundlage des modernen Sicherheitssystems in Europa und in der ganzen Welt gelegt. Dieses System hat zu einem gewissen Grad erfolgreich in der Nachkriegsperiode funktioniert, es war ein wichtiges Erbe der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und ist der Menschheit dank der riesigen Opfer, die die Völker in den Jahren des letzten Weltkonfliktes erbracht haben, zugefallen.

Doch ist die gegenwärtige Etappe der internationalen Beziehungen in Europa und in der ganzen Welt durch die zunehmende Gefahr von scharfen Konflikten, vom Fehlen an wirksamen Methoden für die Gewährleistung globaler und regionaler Sicherheit und von Mechanismen zur Verhütung schwerwiegender Erschütterungen charakterisiert.

Gegenwärtig stößt die Welt auf zunehmende Risiken und Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität. Besondere Besorgnis erregt

die Tatsache, dass das moderne System der internationalen Beziehungen in Europa von einer Krise des gegenseitigen Vertrauens gekennzeichnet.

Die Verletzung der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki, ist leider zur Norm geworden. In Belgrad, der Hauptstadt Serbiens, wo die heutige Konferenz stattfindet, können wir nicht umhin, daran zu erinnern, dass Jugoslawien das erste Opfer einer direkten Verletzung der Schlussakte von Helsinki wurde. In diesem Hinblick rufen wir alle Beteiligten der internationalen Beziehungen auf, die Beachtung des Völkerrechts und der Grundprinzipien der internationalen Beziehungen zu unterstützen, alle Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen und die Autorität der universalen internationalen Organisationen zu befestigen.

In Anbetracht des Veranstaltungsortes unserer Konferenz, wollen wir auf die dringende Notwendigkeit der Unterstützung von Frieden und Sicherheit in der Balkan - Region als Bestandteil Europas und des Europäischen Sicherheitssystems hinweisen, und in diesem Zusammenhang die besondere Aktualität der strikten Einhaltung des Dayton - Abkommens, der Resolution №1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (vom 10. Juni 1999) und anderer völkerrechtlicher Dokumente ständigen Charakters unterstreichen.

In Europa und in der ganzen Welt kann man einen starken Anstieg des Extremismus und Terrorismus beobachten. Die Sicherheit und Stabilität in Europa ist jedoch mit der Sicherheit und Stabilität in anderen Regionen der Welt untrennbar verbunden. Deshalb kann die Zukunft der Europäischen Stabilität nur im Kontext der Stabilität im Nahen Osten, Asiens und Afrikas angemessen wahrgenommen und reflektiert werden.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass die Zunahme des Konfliktpotenzials in Europa zu einer weiteren außerordentlich gefährlichen Tendenz führt - der Tendenz der Fragmentierung (Zersplitterung) der Welt, der Durchsetzung neuer Trennlinien, darunter auch im Europäischen Raum. In dieser Hinsicht muss festgestellt werden, dass die Lösung der aktuellen Probleme von Sicherheit und Zusammenarbeit, Grundlagen schaffend für ein

System der Zusammenarbeit im europäischen Raum im XXI Jahrhundert auf dem Hintergrund der scharfen sozial-ökonomischen Probleme, der beispiellosen Migrationsprozesse, des Wachstums der militärischen Eskalation sowie der Wiederbelebung von Rückfällen in das Blockdenken zu lösen ist. Die Sicherheit ist kein Privileg, sondern das gleiche Recht aller Völker und Staaten. Daher sollen unsere Bemühungen auf die Entwicklung und Verbesserung solchen Systems gerichtet werden, das gleiche Sicherheit für alle garantieren würde.

Wir sind davon überzeugt, dass in der heutigen Zeit, Europa einen Kurs auf den Aufbau eines wirklich freien Raumes nehmen soll, der auf der Achtung des Völkerrechts und auf der Gleichheit aller Völker und Staaten, unabhängig von ihrer Größe ihres Territoriums, der Zahl ihrer Bevölkerung, ihrer wirtschaftlichen oder militärischen Macht gegründet ist. Wir betrachten als wichtigste Voraussetzung dafür die Achtung und Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen, der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris, die Einhaltung der Rolle der Vereinten Nationen und insbesondere der Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, ohne irgendwelche Ausnahmen, Willkür oder Doppelstandards.

Nach unserer Überzeugung sollen alle Völker und Staaten Europas im XXI. Jahrhundert die gleichen Möglichkeiten auf dem Gebiet der Sicherheit genießen, unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in militärischen, wirtschaftlichen oder regionalen Organisationen. Das bedeutet die Notwendigkeit der Bildung eines gemeinsamen Sicherheitsraums und die Erreichung eines neuen Niveaus des Zusammenwirkens und des Vertrauens zwischen den Ländern Europas.

Wir sehen Europa des XXI. Jahrhunderts als ein Raum der echten Partnerschaft, der Achtung vor der Souveränität und territorialen Integrität, wo die Freiheit der Wahl der inneren Entwicklung und der Außenpolitik herrscht, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten, insbesondere im Bereich der Sicherheit, des Wahlprozesses, des Verfassungssystems, der Privatisierung oder der Menschenrechte. Wir plädieren für die Prävention jeglichen Konflikte durch Dialog und ausschließlich durch politische Mittel,

die die Achtung der legitimen Interessen aller Beteiligten garantieren würden.

DIE ROLLE DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Wir sind überzeugt, dass der 40. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki eine gute Gelegenheit ist direkt und öffentlich die Anfrage über die Wiederherstellung der Rolle der OSZE als Hauptakteur in Fragen der Sicherheit Europas zu stellen.

Wir denken, dass unter den Bedingungen der (ernsten) Krise im Bereich der Europäischen Sicherheit die OSZE aufgerufen ist, "einen neuen Atem" zu finden, um die Hauptprinzipien zu verwirklichen, die seit vielen Jahren die Grundlage des Europäischen Sicherheitssystems waren und die als Ergebnisse der Konferenzen in Jalta und Potsdam im Jahre 1945, und auch der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Jahr 1975 ausgearbeitet wurden.

Nach unserer Überzeugung hat die OSZE das Potential, um einen wesentlichen Beitrag zu leisten zur Lösung der Migrationskrise in Europa, zur Überwindung von Rückfällen des Blockdenkens, für die Stärkung des Vertrauens und für die Förderung des Auswegs aus der Krise im Bereich der europäischen Sicherheit insgesamt.

In diesem Zusammenhang halten wir es für notwendig:

- (1) Die Annahme der Charta der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, um die Unabhängigkeit und Objektivität in der Tätigkeit der OSZE zu stärken, um die OSZE als eine vollwertige internationale Organisation zu konstituieren aber auch mit dem Ziel, eine größere Übereinstimmung der Tätigkeit der Organisation mit den ursprünglichen Zielen bei ihrer Gründung zu erreichen. Man muss die Prinzipien erneut bestätigen, die seit vielen Jahren die Grundlage des Europäischen Sicherheitssystems waren und die als Ergebnisse der Konferenzen in Jalta und Potsdam im Jahre 1945, und auch der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Jahre 1975 ausgearbeitet wurden. Es ist wichtig zu erreichen, dass alle Teilnehmerstaaten der OSZE ohne Ausnahme diese Prinzipien befolgen und erfüllen.

(2) Einen Prozess zur öffentlichen Förderung der Tätigkeit der OSZE in Gang zu setzen. Die Teilnehmer der Konferenz wenden sich auch an die OSZE und die gesellschaftlichen Organisationen ihrer Mitgliedsländer mit folgendem Vorschlag: der durchgeführten Konferenz den Status einer jährlichen öffentlichen Sitzung, die der aktuellen Problematik auf dem Gebiet der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gewidmet ist zu gewähren.

Nach unserer Meinung, wird die jährliche Durchführung einer solchen Konferenz, zu der die besten Experten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Europas eingeladen werden und die in dem Land stattfindet, das in der OSZE den Vorsitz führt, zur Schaffung eines Systems der öffentlichen Kontrolle über die Tätigkeit der OSZE, eines Systems des Monitorings und der öffentlichen Experteneinschätzung der aktuellen Fragen zu Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen. Wir sind überzeugt, dass dieser Vorschlag eine breite Unterstützung in der europäischen Gesellschaft bekommt und als eine zeitgemäße Idee, die die Entwicklung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in Europa auf den Prinzipien der Offenheit und des Dialogs unterstützt, wahrgenommen wird.

(3) Als ersten verantwortungsvollen Schritt zur Lösung dringender, aktueller Probleme von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, betrachten wir die Gründung eines ständig arbeitenden, gesellschafts-politischen Internationalen Expertenzentrums (unter der Schirmherrschaft der jährlichen wissenschaftlich-gesellschaftlichen Konferenz).

Dieses Expertenzentrum wird:

- a) die Tätigkeit der OSZE überwachen (beobachten), um Information über ihre Arbeit der jährlichen wissenschaftlich - gesellschaftlichen und Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zur Verfügung zu stellen,
- b) sich regelmäßig in dem Land, das den Vorsitz in der OSZE inne hat, in geschlossenen Sitzungen trifft, um den unabhängigen Experten eine Plattform für den (vertraulichen) Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen von Sicherheit und Zusammenarbeit zu bieten.

Die Gründung des internationalen Zentrums, das eine ständige Plattform von Experten für den Meinungsaustausch, Kon-

sultationen, Austausch von Gutachten zu Fragen von Sicherheit und Zusammenarbeit wird, ist nach unserer Meinung besonders aktuell wenn es Defizite an Vertrauen und an effektiven und dauerhaften Kanälen für den Informationsaustausch Kommunikationskanälen gibt.

Wir, die Teilnehmer der Internationalen wissenschaftlich - gesellschaftlichen Konferenz "Jalta-Potsdam-Helsinki-Belgrad: auf der Suche nach einer friedlichen Weltordnung", die den aktuellen Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gewidmet war, sind davon überzeugt, dass Europa im XXI. Jahrhundert ein komplizierter Prozess bevorsteht, der mit der Überwindung von Widersprüchen und der Deeskalation des Potentials von Konflikten, der Lösung von vielen wirtschaftlichen und sozialen Problemen und der Auswirkungen einer offenen Verletzung des Völkerrechts verbunden ist.

Aber wir sind auch im festen Glauben, dass - indem wir unsere Anstrengungen vereinen - einen wirklich freien Raum schaffen können, der auf der Grundlage der Prinzipien der Sicherheit und der Zusammenarbeit gegründet wird, ohne Trennlinien und "Eiserne Vorhänge", und der ein Beispiel für die ganze moderne Welt werden kann.

Die Teilnehmer der Konferenz wenden sich an das Außenministerium Serbiens (als das Land, das in der OSZE im Jahr 2015 den Vorsitz führt) und persönlich an den Außenminister Serbiens Herrn Iвица Dačić mit der Bitte den Teilnehmern des Treffens der Außenminister der OSZE, das am 3. und 4. Dezember in Belgrad stattfindet, eine Information über die Internationale Konferenz und ihre Schlussfolgerungen zur Kenntnis bringen.